

Amt: Haupt- und Personalamt

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Ergebnis
Gemeinderat	25.02.2014	Ö - Beschlussfassung	

Haushaltsplan 2014
Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion
Interkommunale Zusammenarbeit Prüfung bei größeren
Projekten

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag wird insoweit entsprochen, dass die Verwaltung bei größeren Projekten, die sich für interkommunale Kooperationen eignen, im Sachverhalt der Beschlussvorlage die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit darstellt.

Finanzielle Auswirkungen: Ja Nein

Gesamtkosten: Euro

Finanzierung:

Verwaltungshaushalt 2014
Haushaltsstelle: Euro

Vermögenshaushalt 2014
Haushaltsstelle: Euro

Beratungsvorlage GR/035/2014

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung bei jedem größeren Projekt der Stadt künftig in der Beschlussvorlage im Sachverhalt die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer „interkommunalen Kooperation“ darstellt. Dies gilt auch für die Konzepterarbeitung in den verschiedenen kommunalpolitischen Bereichen.

Die Verwaltung hat in der Beschlussvorlage GR 26/2010 (siehe Anlage) die wichtigsten Beispiele der interkommunalen Kooperationen der Stadt Freudenstadt dargestellt. In den letzten vier Jahren sind weitere dazugekommen – auf die Beispiele in der Vorlage GR 34/2014 – insbesondere die gelungene Kooperation bei der Schwarzwald-Plus-Card – wird verwiesen. Die Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit haben aber gezeigt, dass nicht in jedem geeigneten Fall eine Kooperation möglich ist – selbst wenn die Verwaltung noch so große Anstrengungen unternimmt. Zu Kooperationen gehören Partner, die bereit sind, mitzumachen.

Zum Thema Konzepterarbeitung macht die Verwaltung darauf aufmerksam, dass beispielsweise das Personalentwicklungskonzept der Stadt Freudenstadt mit einer interkommunalen Arbeitsgruppe aus Haupt- und Personalamtsleiter vergleichbarer Städte erarbeitet wurde (unter der Regie des Gemeindetags Baden-Württemberg). Als weiteres Beispiel verweist die Verwaltung auf den Workshop zum Thema neues Personalvertretungsgesetz Anfang März 2014 (siehe Vorlage GR 34/2014). Auch bei anderen Themen greift die Verwaltung auf die Erfahrungen anderer Kommunen zurück – nicht zuletzt über die Kommunikationsplattform des Städtetages Baden-Württemberg, die vor einem Jahr für die Leiter/innen der Ämter in den Verwaltungen der Mitgliedsstädte Baden-Württembergs eingerichtet wurde.

Die Verwaltung wird – sofern sich die großen Projekte dafür eignen – im Sachverhalt der Beschlussvorlage für den Gemeinderat bzw. zuständigen Ausschuss auf die Möglichkeiten einer interkommunalen Kooperation eingehen.

Anlagen:

Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion
Sitzungsvorlage GR 26/2010